

ÖBB sahen Inserate erst nach Druck

Der Staatsanwaltschaft Wien liegen in der Sache ÖBB-Inserate belastende Aussagen gegen Bundeskanzler Faymann (SPÖ) und Medien-Staatssekretär Josef Ostermayer (SPÖ) vor, verlautet aus der Justiz.

Von Johannes Huber (VN)

Wien – Die beiden sollen vor vier Jahren mit ausgewählten Zeitungen und Magazinen Kampagnen vereinbart haben, die die ÖBB bezahlen mussten. Eine Mitsprachemöglichkeit hatte das staatsnahe Unternehmen nicht, es wurde vielmehr vor vollendete Tatsachen gestellt.

Die Staatsanwaltschaft Wien hat bisher drei ehemalige ÖBB-Manager befragt: Ex-Bahnchef Martin Huber, den ehemaligen Personenverkehrsvorstand Stefan Wehinger und den Ex-Leiter der Konzernkommunikation Walter Sattlberger. Von der Ermittlungsbehörde wird auf Antrag des Bundesamts für Korruptionsbekämpfung wegen des Verdachts auf Untreue und Amtsmissbrauch gegen Faymann und Ostermayer ermittelt.

Der heutige Bundeskanzler wurde im Jänner 2007 Infrastrukturminister. Zu seinem Kabinettschef ernannte er seinen langjährigen Mitarbeiter Josef Ostermayer. Gemeinsam waren sie bereits in Wien tätig, wo Faymann bis 2007 Wohnbaustadtrat war – und nicht nur Gemeindebauten errichten und renovieren ließ, sondern auch als Zeitungsinserent aktiv war. Als Minister setzte er diese Tätigkeit fort. „Nach Amtsantritt kam Ostermayer und teilte uns mit, dass wir das Kommunikationsbudget umstellen müssten“, berichtete ein betroffener ÖBB-Insider: „Wir mussten Gelder für Medienkooperationen umleiten.“ Die Bahn habe damals „tolle“ Kampagnen gehabt. Der Spot „Schnäppchen“ für die „Vorteils card Classic Familie“ wurde tatsächlich mit der Goldenen Werbetrommel ausgezeichnet. Auch das Buhlen um Senioren mit der 2009 verstorbenen Schauspielerin



Die „Imagewerbung“ des damaligen Verkehrsministers Faymann in der Krone sollen die ÖBB erst zu sehen bekommen haben, als sie bereits gedruckt war.

Foto: Zeitungsbild

Werner Faymann (SPÖ) und seine Vorliebe für Inserate in Boulevardmedien

2007 wechselte Werner Faymann von der Wiener Kommunalpolitik (er war Wohnbaustadtrat) ins Infrastrukturministerium. Zu seinem Kabinettschef ernannte er seinen langjährigen Mitarbeiter Josef Ostermayer, heute Staatssekretär.

Ruth Drexel war einprägsam. „Aufgrund der neuen Medienkooperationen mussten wir das allerdings Abstriche machen.“

Das Büro Faymann habe mit der *Kronen Zeitung* beispielsweise eine „Imagewerbung“ über 500.000 Euro vereinbart. Dabei handelte es sich um eine Reihe von Doppelseiten, die sich optisch vom sonsti-

gen Inhalt des Blattes nicht unterschieden. In der Regel berichteten *Krone*-Mitarbeiter über Missstände bei der Bahn. Und dann war da noch eine Kolumne mit dem Kontext des Ministers: Faymann versprach, dafür zu sorgen, dass alles besser wird. „Bei uns war nie ein Redakteur“, so der ÖBB-Insider: Das Un-

ternehmen habe die „Inserate“ vielmehr erst nach dem Zeitungsdruck in der Abendkolportage erstmals gesehen – und in weiterer Folge bezahlen müssen. „Die Offenheit, mit der Ostermayer das betrieben hat, war unglaublich“, so der ehemalige ÖBB-Mitarbeiter: Wenn man Vorbehalte angemeldet habe, sei man darauf hingewiesen worden, dass es

Verdachts auf Untreue und des Amtsmissbrauchs.

Christian Kern, seit 1,5 Jahren ÖBB-Chef, verwies auf „tatsächliche Vorstandsbeschlüsse die anders lauten, als sie in den

schwer werden könnte, den Dienstvertrag zu verlängern. Über das Infrastrukturministerium bzw. Faymann wurden Rechnungen zufolge 2007 Inserate auch in anderen Medien geschaltet. Im Wirtschaftsmagazin *Gewinn* kamen beispielsweise nicht die ÖBB zum Zug, sondern die ebenfalls staatsnahe Asfinag. Dies machte die Grü-

nen-Abgeordnete Gabriela Moser schon damals stutzig, sodass sie Faymann in einer parlamentarischen Anfrage „betreffend Medienkooperation“ damit konfrontierte. Faymann stellte unmittelbar Einflussnahme in Abrede, erklärte aber: Die Asfinag entscheide „selbst über entsprechende Kooperationen und Partner. In beratenden Gesprächen zwischen meinem Büro und den Vorständen des Unternehmens sind wir aber übereingekommen, dass vor allem verständliche Sachinformation Inhalt dieser Kommunikation sein sollte.“ Faymann und Ostermayer weisen die Vorwürfe stets und vollumfassend zurück. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Medien abgedruckt worden sind – sie beinhalten nämlich keine Politikernamen“. Ob der Name des früheren Verkehrsministers in vorangegangenen Versionen der Vorstandsbeschlüsse gestanden sei, wollte Kern nicht beurteilen.

Die Unschuldsvermutung gilt für den Bundeskanzler und den Staatssekretär. Die Staatsanwaltschaft Wien ermittelt gegen beide. Die Staatsanwaltschaft Wien ermittelt gegen beide. Die Staatsanwaltschaft Wien ermittelt gegen beide.

BRILLE ZUM NULLTARIF*

*Mit der Nulltarif-Versicherung von Fielmann und der HanseMerkur. € 10,- Prämie pro Jahr. Topmodische Brille sofort. Alle zwei Jahre eine neue. Einstärkenbrillen von Zeiss.

Drei Jahre Garantie. Jederzeit Ersatz bei Bruch, Beschädigung oder Sehstärkenveränderung. Jahresprämie für eine Gleitsichtbrille: € 50,-.

Brille: Fielmann.